

Eine widersprüchliche Bilanz

Das brüchige Erbe der Ära Merkel¹

Max Krahé

Das Ende der Ära Merkel, der Anfang der Ampel-Regierung: ein guter Zeitpunkt, um Bilanz zu ziehen. Welches Vermächtnis hinterlässt die Altkanzlerin der neuen Regierung, Deutschland und Europa?

Der Tenor vieler Rückblicke ist: Einerseits mangelte es Angela Merkel an Visionen. Doch andererseits hat sie durch kompetentes Regieren und gutes Krisenmanagement für Stabilität gesorgt und Deutschland im Laufe ihrer sechzehn Jahre wirtschaftlich stark gemacht.

Beide Aspekte dieser Erzählung stelle ich hier infrage. Einerseits: Eine genauere Betrachtung zeigt, dass Kanzlerin Merkel keineswegs strategie- oder visionslos handelte. Sowohl im Kontext der Ankunft vieler Geflüchteter 2015 – und der grundsätzlicheren Fragen zur Zukunft der deutschen Gesellschaft, die diese in den Raum stellte – als auch in Bezug auf die Wirtschafts-, Finanz- und Europapolitik ihrer vier Regierungen zeichnen sich klare strategische Leitlinien ab. Andererseits: Im Ergebnis war ihre Strategie widersprüchlich. Sie hat für eine lebenswerte, offene Gesellschaft gekämpft, dabei aber das wirtschaftlich-soziale Fundament angegriffen, auf dem diese stehen muss.

1 Der Text ist eine aktualisierte Fassung eines Beitrages, der am 2. November 2021 unter dem Titel „Die Wirtschaftsstrategie der Ära Merkel ist gescheitert“ auf www.jacobin.de erschienen ist. Die Redaktion dankt den Verantwortlichen des Jacobin-Magazins und dem Autor für die Bereitstellung des Textes.

Das Erbe der Ära Merkel ist daher brüchig. Die Stabilität ihrer sechzehn Jahre wurde auch auf Kosten zukünftiger Risiken erkaufte.

Kanzlerin ohne Kompass?

Zunächst: Die beliebte Kritik, dass Merkel nur auf Sicht fuhr, stets reaktiv agierte, ist falsch. Am deutlichsten wird dies in der Abgrenzung der Union gegen rechts, ein politisches Projekt von historischer Bedeutung.

In ihrer Reaktion auf die Flüchtlingswelle 2015 kristallisierte sich heraus, was bereits in vielen anderen Entscheidungen latent war, so zum Beispiel in der Abschaffung der Wehrpflicht oder dem außenpolitisch kontroversen Empfang des Dalai Lamas. Die Idee einer offenen Gesellschaft – auf christlich-abendländischen Traditionen aufbauend, aber eindeutig freiheitlich, weltgewandt, tolerant – gehört zu Merkels Grundüberzeugungen. Gegen Schwesterpartei und Teile des Beamten- und Sicherheitsapparats kämpfte die Kanzlerin für Offenheit und Willkommenskultur, kombinierte strategischen Wagemut mit taktischen Zugeständnissen.

Eine reine Taktikerin hätte im Verlauf der unionsinternen Auseinandersetzung ab 2015 ihr Auskommen mit der CSU gefunden, hätte ihre konservativen Kritiker*innen vielleicht auf halber Strecke getroffen. Merkel hingegen bot ihnen die Stirn, riskierte die Fraktionsgemeinschaft. Denn die immer

schrilleren Töne, die von Horst Seehofer und Markus Söder vom Sommer 2015 bis in den Herbst 2018 angestimmt wurden, waren auch dadurch bedingt, dass die Kanzlerin in der Grundsatzfrage unbeweglich blieb: Ein rechtes Überholen der AfD, wie aus München angestrebt, würde es mit ihr nicht geben. Im Nachhinein ist leicht zu vergessen, dass es vor allem ihre klare, wenn auch nicht laute, Haltung war, die die Union bis an den Rand des Bruchs brachte. Ihr taktisches Können verhinderte diesen so lange, bis die Bürger und Bürgerinnen Bayerns 2018 ein Umdenken der CSU forcierten. Dies stellt einen strategischen Erfolg dar, über Jahre errungen. Ob er jedoch von Dauer ist, wird noch zu diskutieren sein.

Dass es anders hätte kommen können, zeigen zahlreiche andere konservative Parteien: von der ÖVP, die schon lange und ohne Zögern mit Rechtspopulisten regiert, über Berlusconis Forza Italia, die mit Matteo Salvini Lega und Giorgia Melonis Neofaschisten paktiert, bis hin zu den US-amerikanischen Republikanern, zu denen hier kein weiteres Wort verloren werden muss. Die historische Bedeutung von Merkels Erfolg wird aus der Forschung des Harvard-Politikwissenschaftlers Daniel Ziblatt klar: Dessen Buch „Conservative Parties and the Birth of Democracy“ zeigt, dass die Abwehr der radikalen Rechten durch konservative Parteien essenziell für das langfristige Überleben einer Demokratie ist.

Kanzlerin ohne Kompass, dieser Vorwurf sticht also nicht.

Leitlinien der Wirtschafts- und Finanzpolitik

Auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Kanzlerin lassen sich klare strategische

Linien erkennen. In der Rückschau waren es vor allem zwei Großthemen, die die Kanzlerin ins Zentrum rückte: der Umgang mit dem demografischen Wandel und die Herausforderungen der Globalisierung.

Motiviert war Merkels Doppelfokus – charakteristisch – durch ein Zahlentrio, das sie gerade in den Jahren der Eurokrise oft durchdeklinierte (Merkel 2012a). 7 %, 25 %, 50 %: Europa habe knapp 7 % der Weltbevölkerung, erbringe knapp 25 % der Weltwirtschaftsleistung (BIP), zahle aber 50 % aller Sozialausgaben weltweit. Gelingt es nicht, eine der leistungsfähigsten Wirtschaften des 21. Jahrhunderts zu errichten, werde Europa und sein Wertesystem untergehen wie vor uns die Zivilisation der Inka, überspitzte es Merkel in manchen Momenten (Guardian 2013).

Auf dieser Analyse aufbauend, gab sie zwei Leitlinien für die Wirtschafts- und Finanzpolitik ihrer vier Regierungen vor: Sparsamkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Konsequenter ziehen sich diese Themen durch ihre Regierungserklärungen, ihre Reden in Davos, Europa oder auf Parteitag. An beiden Leitlinien hielt die Kanzlerin fest, trotz taktischer Zugeständnisse und Wenden. Beide prägte sie erst Deutschland auf, dann, mit strategischer Konsequenz, auch der EU.

Was sind die Ergebnisse dieser Strategie? Ein erster Blick auf die Zahlen zeigt Licht und Schatten: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist von 2005 bis 2019 um knapp 20 % gewachsen, mehr als in Frankreich oder in den USA.² Die Arbeitslosigkeit halbierte sich in Deutschland, von über 10 % (2005) auf 5 % (2019).

- 2 Ich wähle 2019 als Vergleichsjahr, um die Sondereffekte der Corona-Krise außen vor zu lassen. Die Aussage bezieht sich auf das pro Kopf reale BIP. Das ist in den USA von 2005 bis 2019 ca. 15 % gewachsen, in Frankreich grob 10 %.

Dem stehen jedoch stagnierende Investitionen gegenüber, aus denen schwache Produktivitätsgewinne folgten (Kuntze/Mai 2020). Circa die Hälfte des Wirtschaftswachstums geht auf eine Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit zurück, welche von 2005 bis 2019 um 11 % anstieg.

Auch die Verteilung der Wohlstandsgewinne war gemischt: Von 2005 bis zur Einführung des Mindestlohns 2015 stagnierten die durchschnittlichen Löhne, trotz des Wirtschaftswachstums, die Armutsrisikoquote und die Niedriglohnquote stiegen sogar leicht an. Erst nach 2015 verfestigte sich ein breiter gestreutes Lohnwachstum, welches die Einkommens-, wenn auch nicht die Vermögensungleichheit leicht reduzierte.

Die volkswirtschaftlichen Kennzahlen zeigen also ein gemischtes Bild. Sie zeigen Wirtschaftswachstum und fallende Arbeitslosigkeit, geben gleichzeitig Anlass für Kritik in Bezug auf Investitionen, Zukunftsfähigkeit und sozialen Zusammenhalt.

Doch bei genauerer Betrachtung offenbaren sich erhebliche tiefer liegende Langfristrisiken und -nebenwirkungen von diesem Wachstumsmodell.

Ein Wachstumsmodell mit Ablaufdatum

Merkels Wirtschaftsstrategie kann nicht auf Dauer gut gehen. Warum? Im Kern setzte sie auf die folgende, im Grunde sehr klassisch-liberale, Logik: Lohnmoderation und flexible Arbeitsmärkte sollen Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Diese wird flankiert durch einen sparsamen Staat, der niedrige Zinsen, geringe Inflation und ein investitions- und innovationsfreundliches Klima sichern soll. Die aufgrund der langsam wachsenden Löhne und der öffentlichen Sparsamkeit dann

fehlende Nachfrage wird aus dem Ausland geholt: Daher ein Exportfokus.

Dieses Modell ist in einer Binnensicht schlüssig, führt aber zu internationalen Abhängigkeiten und Ungleichgewichten, die ihm ein Ablaufdatum geben. Denn es funktioniert nur, solange das Ausland gewillt ist, sich jedes Jahr mehr zu verschulden oder Vermögenswerte zu verkaufen.

Ein Vergleich erklärt den Mechanismus: Das deutsche Wachstumsmodell funktioniert wie ein besonders erfolgreiches Geschäft, bei dem immer mehr Geld aus der Nachbarschaft hängen bleibt. Weil in diesem Geschäft das Lohnwachstum gebremst wurde, kann es sein Angebot zwar zu günstigen Preisen machen, doch die Angestellten kaufen selber vergleichsweise wenig in den benachbarten Läden. Wenn zusätzlich die Besitzerin sparsam ist, werden auch die Profite nicht ausgegeben, die aufgrund des Erfolgs und der vergleichsweise niedrigen Löhne realisiert werden. Anderweitige Umverteilung von einem Laden zum nächsten gibt es nicht; so bleibt das Geld hängen und fließt nicht zurück in den Wirtschaftskreislauf. Wenn die Kund*innen weiter einkaufen wollen, müssen sie bald Vermögenswerte verkaufen oder sich verschulden.

Die lokale Finanzwirtschaft kann den unterbrochenen Kreislauf zwar noch eine Umdrehung weiterdrehen, doch genau hier offenbart sich, dass das Modell ein Ablaufdatum hat. So können die Profite des Ladens genutzt werden, um Kredite an seine Kund*innen zu finanzieren oder um deren Vermögenswerte anzukaufen. Das ermöglicht dem Lokalhandel, noch eine gewisse Zeit zu funktionieren. Doch irgendwann sind die Vermögen verkauft, weitere Kredite zu riskant. Der Wirtschaftskreislauf bricht zusammen, es kommt zur Krise.

Deutsche Leitlinien, europäische Konsequenzen

Dieser Mechanismus war bereits in der Eurokrise erkennbar. Von 2002 bis 2008 erwirtschaftete Deutschland 702 Milliarden Euro an Leistungsbilanzüberschüssen (Klein/Pettis 2020). Deren Kehrseite waren 702 Milliarden Euro an Kreditvergabe und Kapitalexporte ins Ausland. Deutsche Banken finanzierten damit ausländische Immobilien- und Finanzbooms, Blasen wuchsen an, 2007 und 2008 platzten sie.

Doch anstatt daraufhin einen strategischen Kurswechsel anzustreben, nutzte Merkel die Krise, um ihre Wachstumsstrategie EU-weit durchzusetzen. Dieser Versuch, das Wachstumsmodell eines ganzen Kontinents zu verändern, war eine historische Handlung ersten Ranges, mit Chuzpe gegen innere und äußere Opposition durchgesetzt. Auch wenn es bezüglich des besten Wegs zu diesem Ziel regierungsinterne Differenzen gab – insbesondere zwischen Finanzminister Schäuble und der Kanzlerin –, blieb deutlich, wo Merkel hinwollte: „Wettbewerbsfähigkeit ist jetzt auch in der Europäischen Union Chefsache.“ (Merkel 2011c). Um neben der Wettbewerbsorientierung auch die Sparsamkeit fest zu verankern, wurde darauf gepocht, „dass jeder in seine eigene Rechtsordnung Schuldenbremsen einführt“ (Merkel 2012b).

So hoch gesteckt das Ziel, so dramatisch die Mittel. Insbesondere an Griechenland wurde ein Exempel statuiert, von dem es sich bis heute nicht erholt hat. Noch im letzten vollen Jahr vor Corona stand Griechenlands BIP ein Viertel unter seinem Wert von 2008, war seine Schuldenquote zwei Drittel höher als 2008. Die Arbeitslosigkeit lag bei mehr als 15 %, die Jugendarbeitslosigkeit bei 35 %.

Wie diese Zahlen bereits andeuten, zielten die Rettungspakete und die mit ihnen verknüpften Reformmaßnahmen nicht unbedingt darauf ab, eine möglichst rasche Erholung oder eine möglichst vollständige Schuldentrückzahlung zu erreichen. Dies hat ausgerechnet der IWF wiederholt deutlich gemacht, woraus sich ein offener Konflikt mit Berlin ergab (von Petersdorff 2016). Auch wenn die genauen Auffassungen und Absichten erst geklärt werden können, wenn die Archivdokumente des Kanzleramts und des Bundesministeriums der Finanzen zur Eurokrise für Historiker*innen einsehbar werden, so scheint eine plausible Interpretation zu sein, dass mit dem griechischen Exempel Druck erzeugt werden sollte, um Wettbewerbsfähigkeit und Sparsamkeit im Rest der Eurozone durchzusetzen. Denn es war „die politische Erfahrung, dass für politische Strukturreformen oft Druck gebraucht wird“, so die Kanzlerin in diesem Moment (Merkel 2013).

Zur Wahrheit gehört auch: Dieser Kurs ließ sich nicht durchsetzen, ohne dass demokratische Mehrheiten desavouiert werden mussten: „Wahlen ändern nichts“, wie Schäuble es 2015 zuspitzte – oder durften dies zumindest nicht in Bezug auf die griechischen Rettungspakete. Ob dies das Vertrauen in Europas Demokratien gefördert hat, sei dahingestellt. Ob es mit späteren Versuchen, die Ankunft vieler Geflüchteter europäisch zu bewältigen, geholfen hat, ebenso.

Eine Alternative zu diesem Vorgehen hätte in einer deutlichen Stärkung der deutschen Binnennachfrage gelegen. Dies hätte Nachfrage für Südeuropa geschaffen, das Lohn- und Preisniveau in Deutschland schneller als im Süden ansteigen lassen und damit eine symmetrischere Anpassung möglich gemacht als die unilaterale, kosten-

kürzende Anpassung, die tatsächlich durchgesetzt wurde.

Des Pudels Kern

Merkels Strategie könnte als hart, aber klug gelten, wenn sie langfristigen Erfolg versprochen hätte. Doch genau dieses Versprechen war nach 2008 unglauwbüdig.

Das Fundament, auf dem die volle Last der Strategie Merkels ruhte, war die Rationalität privater Investor*innen: Sie sollten im vom Staat geschaffenen Rahmen den Anreiz finden, um Investitionen zu tätigen und zu florieren. Daher würden Sparsamkeit und Wettbewerbsfähigkeit ausreichen, um Europas Boot wieder zu richten: Wo einmal die Hindernisse aus dem Weg geräumt seien, würden die Privaten schon den Rest machen.

Im Kern übersah Merkel damit, was Keynes schon vor langer Zeit erkannte: Ob und wo Investor*innen investieren, hängt nicht nur am Zins und den Gewinnerwartungen, sondern auch und vor allem an Nachfrage, Stimmung und Instinkt.

Dieser Mechanismus schwächte Merkels Strategie: Öffentliche Sparsamkeit mag zwar die Zinsen und die Inflation niedrig halten, aber aus Angst vor Auftragsflaute und schlechter Infrastruktur können Investitionen trotzdem ausbleiben. Niedrigere Löhne mögen kurzfristig die Profite steigern, doch der schwache Konsum und die so entstandene Nachfragerücke können trotzdem zu einem Problem werden.

So ergab sich die Entwicklung, welche Europa im letzten Jahrzehnt durchgemacht hat: Auf die Rezession von 2008 bis 2009 folgte eine zweite von 2011 bis 2013. Durch Nachfragemangel wurden Millionen von Menschen arbeitslos, produktive Kapazi-

täten lagen brach und verkümmerten. Den Wachstumspfad, den Europa bis 2008 beschritt, hat es nach der Finanz- und Eurokrise nie wieder erreicht.

Schäden jenseits der Wirtschaft: Außenpolitik und Klima

Die negativen Konsequenzen dieser Politik waren nicht auf Wirtschaft und Europa begrenzt. Auch in der Außenpolitik sowie im Bereich des Klimawandels brachte der strategische Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und Sparsamkeit Risiken und Nebenwirkungen mit sich.

In Bezug auf Außenpolitik zeigt die Litanei von Beschwerden aus Washington, Brüssel und vom IWF, dass sich Deutschland mit seinen enormen Leistungsbilanzüberschüssen – in dieser Größe ein neueres Phänomen, weitestgehend der Ära Merkel – international unbeliebt gemacht hat. Doch diese Beschwerden, auch wenn sie bemerkenswerterweise von Institutionen stammen, die einem offenen Welthandel und einer regelbasierten internationalen Wirtschaftsordnung sehr positiv gegenüberstehen, sind vergleichsweise einfach zu parieren.

Problematischer, gerade in der langen Frist, ist die folgende Dynamik: Rein mathematisch ergibt sich aus großen Leistungsbilanzüberschüssen der Aufbau eines großen Auslandsvermögens. Dies klingt zunächst gut: Schließlich könnte dieses dazu dienen, deutsche Renten zu sichern und den demografischen Wandel abzufedern. Doch abgesehen davon, dass das deutsche Auslandsvermögen sich in der Vergangenheit als schlecht angelegt entpuppte, entstehen durch diesen Ansatz geopolitische Risiken. Denn er führt dazu, dass sich eine alternde Bundesrepublik darauf verließ, dass lang-

fristig jedes Jahr Dividendenzahlungen in Milliardenhöhe nach Deutschland flößen, ohne dass dafür aktuelle Gegenleistungen in die andere Richtung erbracht würden.

Sollten sich im Ausland politische Mehrheiten gegen diese Konstellation entwickeln – bei großen Zahlungen ohne aktuelle Gegenleistung durchaus denkbar –, stünde die Bundesrepublik vor einer heiklen Entscheidung: Entweder müssten die Vermögenswerte abgeschrieben oder einem fremden Land der eigene Wille aufgezwängt werden. Überspitzt gesprochen: Entweder sind die Renten weg oder es müssen Soldat*innen und Flugzeugträger losgeschickt werden, um die internationalen Schulden einzutreiben. Das sind Entscheidungen, vor denen niemand stehen möchte. Doch auf solche Risiken steuert das Wirtschaftsmodell der Ära Merkel langfristig hin.

Zweitens: die Klimakrise. Warum Merkels Klimabilanz so schwach ist, fällt selbst den besten Merkel-Kenner*innen schwer zu erklären: Andere Prioritäten setzte sie gegen teils schwerste Widerstände durch, nicht zuletzt durch das geschickte Reagieren auf Krisen. An Waldbränden, Fluten, großen Protesten und sonstigen Aufhängern für eine stärkere Klimapolitik hätte es der Kanzlerin nicht gefehlt.

Dennoch hinterlässt die Altkanzlerin ein Deutschland, in dem die Energiewende ins Stocken geraten ist, dessen industrielle Struktur durch verschlafenen Wandel bedroht ist, dessen Gebäude viel zu langsam renoviert werden, dessen Digital-, Verkehrs- und Verwaltungsinfrastruktur von vorgestern sind und in dem heute ungewiss ist, ob man in der Nähe von Flüssen oder als Förster*in auch in fünfzig Jahren noch gut und gerne leben wird.

Die Gründe für Merkels magere Klimabilanz sind vielschichtig. Doch auch hier

spielen ihre beiden wirtschaftspolitischen Leitlinien eine Rolle: Wurde zum Beispiel die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie durch schärfere CO₂-Normen aus Brüssel bedroht, galt es diese zu blockieren (Brühl 2013). 2013 gab Merkel zu Protokoll: „Wir wollen die erneuerbaren Energien ausbauen. Aber das muss so geschehen, dass der Industriestandort Deutschland nicht in Gefahr gerät.“

Auch die Sparsamkeit war keine Hilfe: Zwar können die direkten Effekte der Schuldenbremse auf öffentliche Umweltinvestitionen überschätzt werden, insbesondere auf Bundesebene; doch ihre indirekten Effekte, in Deutschland wie in Europa, waren bedeutsam. Durch die individuellen Lebens- und Karriereunsicherheiten, die in flexiblen Arbeitsmärkten mit strukturellem Nachfragemangel endemisch wurden, entstanden Wählergruppen, die aus verständlichen Motiven wandelscheu geworden sind. So hat die Sparsamkeit ein Umfeld geschaffen, in dem eine angemessen ambitionierte Klimapolitik politisch schwierig geworden ist.

Wie konnte es dazu kommen?

Wie kann es sein, dass eine strategisch kluge und durchsetzungsstarke Politikerin solche Risiken und Versäumnisse hinterlässt? Eine plausible Bilanz der Ära Merkel muss ein Bild zeichnen, in dem die festgestellten Ergebnisse mit ihren unumstrittenen persönlichen Qualitäten zusammenpassen.

Eines ist klar: Merkels Fehler gehen nicht darauf zurück, dass sie eine neoliberale Ideologin war. Nach einer Phase rund um den CDU-Parteitag von 2003 war sie nach der Bundestagswahl 2005 schnell bereit, sich von einer straff-neoliberalen Linie zu entfernen.

Auch politische Sachzwänge überzeugen nicht. In der Finanzkrise, bei der Rettung des Euros, der Umstellung südeuropäischer Wachstumsmodelle und in der Geflüchtenfrage demonstrierte Merkel: Wo ein Wille ist, da ist ein Weg.

Ebenso wenig war Merkel völlig blind gegenüber dem Anstieg von Ungleichheit und Unsicherheit, der ihre Amtszeit auszeichnet. Ein drittes, wenn auch schwächeres, Leitmotiv ihrer Wirtschaftspolitik war „Solidarität mit den Schwachen“. Obwohl ihr diese von der SPD abgerungen werden musste, fielen mit dem Kita-Ausbau, dem Mindestlohn und der Grundrente wichtige Reparaturmaßnahmen an der sozialen Marktwirtschaft in ihre Amtszeit. Diese hat sie mitgetragen.

Allerdings: Einen Knochenbruch heilt man nicht mit Pflastern. Die existenziellen Unsicherheiten, die durch Merkels wirtschaftliche Grundsatzentscheidungen entstanden sind, sich durch ihre Krisenpolitik in ganz Europa ausgebreitet haben und durch die mangelnde Klimapolitik weiter verstärkt wurden, kann man nicht mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro oder vergünstigten Krediten auffangen. Merkels spätes Placet zum EU-Wiederaufbaufonds und seiner Finanzierung durch gemeinsame europäische Verschuldung; ihr Eingeständnis, dass in der Bekämpfung des Klimawandels „nicht ausreichend viel passiert“ sei (Zeit Online 2021); der Versuch, über ihren Kanzleramtschef kurz vor Schluss doch noch die Schuldenbremse zu lockern – all dies zeugt von der Einsicht in grundlegendere Fehlentwicklungen (Braun 2021). Doch diese zaghaften Kurskorrekturen waren *too little, too late*.

Eine erste Erklärung für die Schattenseiten ihrer Bilanz könnte sich aus Merkels Umfeld ergeben. Die Kanzlerin war umge-

ben von einem Stab meinungsstarker und treuer Wirtschaftsberater, darunter Jens Weidmann, Uwe Corsepius und Lars-Hendrik Röllner. Der erste wurde nach seiner Ernennung zum Bundesbankpräsidenten als „der letzte Falke“ bekannt, der selbst inmitten der Eurokrise noch geldpolitische Zurückhaltung forderte (Müller/Reiermann et al. 2011). Der zweite, „Merkels Euro-Fighter“, schmetterte in der Eurokrise sämtliche Vorschläge ab, die ihrer Gesamtstrategie zuwiderliefen, und erwarb damit den Spitznamen „Dr. No“ (Renke 2020). Der dritte argumentierte gerne, dass nur harte Strukturreformen zu Wettbewerbsfähigkeit führen, nur Wettbewerbsfähigkeit zu Erfolg (Ziedler 2016).

Auch die Frage „cui bono“ könnte bei der Suche nach Erkläransätzen helfen. Von Merkels wirtschaftlicher Strategie haben vor allem die Eigentümer*innen der Exportindustrie, der sogenannte Mittelstand sowie in geringerem Maße die Kernbelegschaften der Exportindustrien profitiert. Diese Gruppen, so die jüngere politikwissenschaftliche Forschung, beeinflussen die deutsche Politik beträchtlich (Elsässer 2018).

Ein widersprüchliches Vermächtnis

Eine vollständige Erklärung wird erst mit historischem Abstand und geöffneten Archiven möglich sein. Bereits heute ist jedoch erkennbar, dass Angela Merkels Wirtschafts- und Finanzpolitik die Grundlagen für ihre Gesellschafts-, Klima- und Europapolitik unterminierten. Jenseits der urbanen Zentren und außerhalb der Industrieinseln, die noch durch gewerkschaftliche Deiche geschützt werden, hatte sich gegen Ende ihrer Ära eine soziologische Unsicherheit breitgemacht, die dokumentiert wird von Büchern

wie Julia Friedrichs „Working Class“, Anna Mayrs „Die Elenden“ oder Oliver Nachtweys „Die Abstiegsgesellschaft“. Diese Unsicherheit greift genau die sozial-emotionalen Fundamente an, die eine offene Gesellschaft langfristig tragfähig machen: Zuversicht, Vertrauen, Toleranz, Mut und Großmut.

Dieser Widerspruch lastet umso schwerer auf Merkels historischer Bilanz, als Wirtschaftsmodelle, Energiesysteme und Gesellschaften wie Öltanker sind, deren Fahrtrichtung nur langsam auf Umsteuern reagiert – und deren Steuer überhaupt nur in seltenen Momenten umgelegt werden kann. Desto wichtiger ist es, dass wir heute schnell umsteuern: weg von einem Wachstumsmodell, das auf fossile Brennstoffe und Marktlösungen setzt; hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft, deren Umbau Bürger*innen, Firmen und Staat schnellstmöglich zusammen angehen.

Ein solches Umsteuern könnte mit der Ampel-Regierung beginnen. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien forciert werden soll, der Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben ist und dass die europäischen Fiskalregeln so weiterentwickelt werden sollen, dass sie Wachstum fördern und Investitionen möglich machen. Ein Kernstück der Schuldenbremse, die Konjunkturkomponente, soll überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, was parallel für die europäischen Fiskalregeln geschehen könnte. Eine Kombination aus Klimainvestitionen, höheren Löhnen – gerade am unteren Ende der Einkommensverteilung – und strukturell höheren Haushaltsdefiziten wiederum könnte die Leistungsbilanz ausgleichen, das Produktivitätswachstum fördern und die wirtschaftliche Konvergenz innerhalb der Europäischen Union voranbringen. Damit wäre viel gewonnen.

Inwiefern diese Leitlinien umgesetzt werden, wird sich in den kommenden Jahren herausstellen. Während in manchen Bereichen schneller Fortschritt sichtbar ist, wie in Sachen Mindestlohn, und sich in anderen Themen konsequentes Handeln bereits abzeichnet, wie mit dem Oster- und Sommerpaket zum Klimaschutz, herrscht in der Finanzpolitik noch eine gewisse Unsicherheit. Gleichzeitig scheint eine Zeit der außenpolitischen Instabilität sowie der angebotsseitigen Inflation ins Haus zu stehen, welche die neue Regierung vor komplexe Herausforderungen stellen würde. Ob Krisenbekämpfung und Paradigmenwechsel sich gegenseitig unterstützen oder das eine vom anderen ablenkt, bleibt offen.

Tragisch, nicht prosaisch

Jürgen Osterhammel sagte einmal, dass die Ära Merkel keine welthistorische Ära sei. Einer solchen, prosaischen, Interpretation widerspreche ich.

Näher an der Wahrheit liegt der britische Tory, der schrieb, dass alle politischen Karrieren, wenn sie nicht durch einen glücklichen Zufall rechtzeitig enden, zum Scheitern verurteilt sind (Powell 1977). Dieses Motiv der Tragödie scheint angemessener. Denn die Kanzlerin erkannte sehr wohl die historische Natur ihrer Ära, ob in Bezug auf Globalisierung, Klimawandel, Außenpolitik oder Demografie. Ebenso scheute sie nicht davor zurück, Deutschlands und Europas Schicksal in die Hand zu nehmen, ob in der Eurokrise, dem Durchsetzen kontinentaler Sparsamkeit, im Umgang mit Geflüchteten oder der Atomkraft. Doch obwohl sie in Krisen stets das Schlimmste zu verhindern wusste und gegen den aufkommenden Rechtspopulismus das Bild einer freien und

offenen Gesellschaft verteidigte, ist im Ergebnis festzustellen, dass sie die Bundesrepublik und die EU in langfristig unsichere Gewässer steuerte. Unser Wirtschaftsmodell macht uns in unsicheren und volatilen Zeiten außenpolitisch abhängiger denn je. Der Klimawandel schreitet voran, während große Teile der deutschen Wirtschaft in Industrien des 20. Jahrhunderts verankert bleiben. Und trotz Fortschritten im Rahmen der Corona-Krise blickt die EU auf ein größtenteils verlorenes Jahrzehnt zurück.

Im Kern ist Merkels Bilanz daher widersprüchlich. Sie hat für eine lebenswerte Zukunft gekämpft und doch das Fundament angegriffen, auf dem diese stehen muss. Jetzt tut Umsteuern not.

Literatur

- Braun, H. 2021: Das ist der Plan für Deutschland nach Corona. In: Handelsblatt, 26. Januar, abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-das-ist-der-plan-fuer-deutschland-nach-corona/26850508.html?ticket=ST-11057892-hgdQjBb3FdYpQgfm-Qt6R-ap5> [03.03.22].
- Brühl, J. 2013: Politik mit Pferdestärken. Irritationen wegen Merkel und Autolobby. In: Süddeutsche Zeitung, 28. Juni, abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/irritationen-wegen-merkel-und-autolobby-politik-mit-pferdestaerken-1.1707976> [03.03.22].
- Detjen, S./Schimmek, T. 2021: Merkel-Jahre (5/6). Krise ist immer, abrufbar unter: <https://www.hoerspielundfeature.de/der-unwahrscheinliche-weg-der-angela-m-merkel-jahre-5-100.html> [03.03.22].
- Elsässer, L. 2018: Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt.
- Klein, M./Pettis, M. 2020: Trade Wars Are Class Wars – How Rising Inequality Distorts the Global Economy and Threatens International Peace. New Haven.
- Kornelius, S. 2013: Six things you didn't know about Angela Merkel. The Guardian, 10. September, abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/world/german-elections-blog-2013/2013/sep/10/angela-merkel-origins-germany-election> [03.03.22].
- Kuntze, P./Mai, C. 2020: Arbeitsproduktivität – Nachhaltige Dynamik in Deutschland und Europa. In: Statistisches Bundesamt, WISTA, 02/2020, abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2020/02/arbeitsproduktivitaet-022020.pdf?__blob=publicationFile [03.03.22].
- Merkel, A. 2011a: Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Haushaltsgesetz 2012 vor dem Deutschen Bundestag am 7. September 2011 in Berlin, abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-802338#:~:text=Deshalb%20haben%20wir,genu%20die%20Kriterien> [11.03.22].
- Merkel, A. 2011b: Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Jahrestreffens 2011 des World Economic Forum in Davos am 28. Januar, abrufbar unter: <https://www.bundeskanzler.de/bk-de/suche/rede-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-anlaesslich-des-jahrestreffens-2011-des-world-economic-forum-476860#:~:text=Das%20Wichtigste%20sind,wir%20auch%20tun> [03.03.22].
- Merkel, A. 2011c: Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel in Berlin vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober, abrufbar unter: <https://www.bundeskanzler.de/bk-de/suche/regierungserklaerung-von-kanzlerin-merkel-zum-europaeischen-rat-und-zum-eurogipfel-1007728#:~:text=Wettbewerbsf%C3%A4higkeit%20ist%20jetzt%20auch%20in%20der%20Europ%C3%A4ischen%20Union%20Chefsache> [03.03.22].
- Merkel, A. 2012: Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Jahrestreffen 2012 des World Economic Forum am 25. Januar, abrufbar unter: <https://www.bundeskanzler.de/bk-de/suche/rede-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-beim-jahrestreffen-2012-des-world-economic-forums-321212> [03.03.22].
- Merkel, A. 2012a: Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Einzelplan 04 – Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt am 12. September. Stenografische Mitschrift des Bundestages, abrufbar unter: <https://www.bundeskanzler.de/bk-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-zum-einzelplan-04-bundeskanzlerin-und-bundeskanzleramt-431134> [03.03.22].

- Merkel, A. 2013: Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum in Davos am 24. Januar, abrufbar unter: <https://www.bundestkanzler.de/bk-de/suche/rede-von-bundestkanzlerin-merkel-beim-jahrestreffen-2013-des-world-economic-forum-336072#:~:text=ist%20die%20politische%20Erfahrung%2C%20dass%20f%C3%BCr%20politische%20Strukturreformen%20oft%20Druck%20gebraucht%20wird> [03.03.22].
- Müller, P./Reiermann, C./Sauga, M./Schult, C./Seith, A. 2011: Der letzte Falke. In: Der Spiegel, 39/2011, abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/der-letzte-falke-a-10af11b4-0002-0001-0000-000080652390> [11.03.22].
- von Petersdorff, W. 2016: Der Clinch zwischen Deutschland und dem IWF. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Oktober, abrufbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/waehrungsfonds-und-deutschland-im-clinch-14470724.html> [03.03.22].
- Powell, E. 1977: Joseph Chamberlain. London.
- Renke, D. 2020: Tagesspiegel Background zu Uwe Corsepius. In: Tagesspiegel, 29. Juli, abrufbar unter: <https://background.tagesspiegel.de/gesundheit/uwe-corsepius> [03.03.22].
- Zeit Online 2021: Merkel räumt Versäumnisse beim Klimaschutz ein. In: Zeit Online, 22. Juli, abrufbar unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-07/sommerpressekonferenz-angela-merkel-corona-hochwasser-aussenpolitik> [03.03.22].
- Ziedler, C. 2016: Ein Quereinsteiger für die Globalisierung. In: Stuttgarter Nachrichten, 1. Dezember, abrufbar unter: <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.deutsche-g20-praesidentschaft-ein-quereinsteiger-fuer-die-globalisierung,360428a4-5e1b-4aef-972a-61f50fe64ea8.html> [03.03.22].

Dr. Max Krahé

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozioökonomie der Universität Duisburg-Essen sowie Mitgründer und Forschungsdirektor des Dezernat Zukunft.

E-Mail: max.krahe@dezernatzukunft.org

Impressum

Herausgeber: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. Berlin, Heinrich-Albertz-Haus, Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin

Redaktion: Peter Kulefa (verantwortlich), Berit Gründler, Prof. Dr. Ragnar Hoenig, Viktoria Schies, Nadine Buder (Redaktionsassistentin)

Redaktionsanschrift: AWO Bundesverband e.V., Blücherstraße 62/63, 10961 Berlin, Tel: 030-26309-199, Fax: 030-26309-32199, Email: tup@awo.org, Internet: www.tup-online.com

Redaktionsbeirat: Brigitte Döcker (Vorsitzende), Prof. Dr. Gerhard Bäcker, Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Prof. Dr. C. Wolfgang Müller †, Prof. Dr. Gerhard Naegele, Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Prof. Dr. Doris Schaeffer, Dr. Burkhard Schiller, Hansjörg Seeh, Prof. Dr. Michael von Hauff.

Manuskripte werden jederzeit als Ausdruck und Datei an die Redaktion erbeten. Es werden nur Originalbeiträge angenommen. Für unverlangte Sendungen wird keine Haftung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn entsprechendes Rückporto beiliegt.

Verlag: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim, Tel: +49(0)6201/6007-0

TUP erscheint fünfmal jährlich im Februar, April, Juni, September (Beiheft) und Dezember.

Unter www.juventa.de finden Sie ein Gesamtregister der Zeitschriftenbeiträge.

Preise und Bezugsbedingungen: Jahresabonnement € 38,00 Studierende (gegen Vorlage einer Studienbescheinigung) € 32,00, Einzelheft € 10,00 (jeweils zzgl. Versandkosten). Der Gesamtbezugspreis (Abonnementspreis plus Versandkosten, Inland € 6,00) ist preisgebunden. Abbestellungen spätestens 6 Wochen vor Jahresabonnementsende. Ein Probeabonnement umfasst 3 Hefte zum Preis von € 17,70 frei Haus.

Anzeigen: Claudia Klinger, Julius Beltz GmbH & Co. KG, Postfach 100154, D-69441 Weinheim,

Tel.: 06201/6007-386, Fax: 06201/6007-9331, E-Mail: anzeigen@beltz.de

Fragen zum Abonnement und Einzelheft: Beltz Medienservice, Postfach 100565, D-69445 Weinheim, Tel.: 06201/6007-330, Fax: 06201/6007-9331, E-Mail: medienservice@beltz.de

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany
ISSN 0342-2275